

# München 1938

## *Das Ende des alten Europa*

Herausgegeben im Auftrage der »Deutsch-Tschechoslowakischen  
Gesellschaft für die Bundesrepublik Deutschland e. V.« (DTG) von:  
Dr. Peter Glotz, MdB  
Prof. Dr. Karl-Heinz Pollok  
Fürst Karl von Schwarzenberg  
John van Nes Ziegler

Redaktion: Dr. Frank Boldt (verantwortlich)  
Dr. Rudolf Hilf  
Willibald Reiter



Reimar Hobbing

Unterstützung Amerikas – Deutschland, Italien und ihren eventuellen Verbündeten Ungarn und Polen gegenüberstehen sollten. Die sowjetische Führung ist nämlich überzeugt, daß man Deutschland und den Faschismus mit der vereinigten Kraft jener Länder besiegen kann. Außerdem verlockt sie – insbesondere die dem Komintern nahestehenden Gruppen – die Aussicht, durch einen solchen Krieg in Europa – oder zumindest in dem größten Teil davon – die von ihnen gewünschte Revolution zu zeitigen.« MOL-Küm. pol. 1938–7/7–3316–I. Moskau 26. Sept. 1938.

38 Magyar Nemzet 22. Sept. 1938.

39 Vigh, Károly: Bajcsy-Zsilinszky Endre Külpolitikai nézeteinek alakulása (Die Entwicklung der außenpolitischen Ansichten von Endre Bajcsy-Zsilinszky) Budapest 1979. / = Értékezések a történeti tudományok köréből. Új sorozat 85./ 171 S. S. 101–103.

40 Válasz 28. März 1937. – Zur Rolle der Idee von Föderation und Konföderation im zeitgenössischen ungarischen politischen Denken und der öffentlichen Meinungsbildung, sowie den Unterschieden zwischen den verschiedenen Konzeptionen vgl.: Juhász, Gyula: Uralkodó eszmék Magyarországon 1939–1944 (Herrschende Ideen in Ungarn 1939–1944), Budapest 1983, 340 S. S. 89–91.

41 Képv. Napló 1935–1939, Bd. XX, S. 274–275 – Das Revisionsprogramm Szálasis und seiner Partei behandelte der tschechoslowakische Botschafter in Budapest am 11. November 1937 in einem Sonderbericht. Kobrs Bericht betonte, daß das Übergewicht der an der Macht befindlichen konservativen Elemente durch den Zusammenschluß der rechtsradikalen Parteien nicht gefährdet sei. MOL-Filmarchiv, C/640, No. 836/37.

42 Csécsy, Imre: Anachronistisches Tagebuch, Századunk 1938, S. 315–323, hier: 322.

43 Den von der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei in bezug auf die Revision und die tschechoslowakische Krise eingenommenen Standpunkt erläutert: Pintér, István: A szociáldemokrata párt története 1933–1944 (Die Geschichte der sozialdemokratischen Partei 1933–1944), Budapest 1980. Hier: S. 150–151, 156–163.

44 Népszava 15. Okt. 1938.

45 Aus Szabad Szó vom 19. November 1938 zitiert: Pintér, István: Die sozialdemokratische Partei, S. 163.

46 Kóvágyó, László: A magyar kommunizmus és a nemzetiségi kérdés (Die ungarischen Kommunisten und die Nationalitätenfrage), Budapest 1985, 413 S. Hier: 226–232. S.

Avigdor Dagan (Jerusalem)

## »München« aus jüdischer Sicht

Ich nehme an, ich verdanke die Einladung zu dieser Konferenz, für die ich sehr dankbar bin, vor allem meinem Alter, denn im Unterschied zu den meisten Teilnehmern habe ich »München« bereits als Erwachsener, und sogar als ein schon politisch engagierter Bürger der Tschechoslowakei erlebt. Ich glaube jedoch – und hoffentlich war das die Hauptmotivierung –, daß ich auch deshalb eingeladen wurde, weil sich die Organisatoren wohl klar bewußt waren, daß die Tragödie von München auch eine schicksalsschwere jüdische Seite hatte, über die ich vielleicht als damaliger Parlamentssekretär der Jüdischen Partei in der Tschechoslowakei mit etwas Erfahrung Zeugenschaft abgeben kann.

Die Jüdische Partei in der Tschechoslowakei. Ich bin mir gar nicht sicher, wie viele heute noch wissen, daß es eine solche Partei überhaupt gegeben hat, daß sie ihre Vertreter im Abgeordnetenhaus hatte wie auch im Prager Gemeinderat und in den Gemeindevertretungen einer großen Anzahl von anderen Städten in allen Teilen der Republik.

Die Anerkennung des Status einer Nationalitätenminderheit und aller Minderheitenrechte für die Juden der Tschechoslowakei, die auch die Gründung einer jüdischen politischen Partei ermöglichte, hatte ihre eigene Geschichte. Am 22. Oktober 1918, also sechs Tage vor der Selbständigkeitserklärung, haben Zionisten aller Schattierungen einen Jüdischen Nationalrat gebildet. Sein Vorsitzender, der bekannte Prager Rechtsanwalt Dr. Ludwig Singer, der Vizevorsitzende, der Schriftsteller Max Brod, und der Vertreter der linksorientierten Partei »Poalei Zion« Karl Fischel, wurden dann am 28. Oktober von dem Nationalausschuß empfangen und überreichten bei dieser Gele-

genheit ein Memorandum, das auf folgende Forderungen Gewicht legte:

1. Die Anerkennung der jüdischen Nationalität und des Rechtes, sich zu ihr frei zu melden.
2. Volle bürgerliche Gleichberechtigung für jüdische Bürger.
3. Nationale Minderheitsrechte.
4. Demokratisierung und Unifikation jüdischer Religionsgemeinden.

Der Nationalausschuß nahm diese Desideria an und noch bevor diese Anerkennung formell in die verfassungsrechtliche Gesetzgebung des neuen Staates einverleibt werden konnten, wurde im Januar 1919 eine Konferenz des »nationalen Judentums«, das heißt eine Konferenz derjenigen, die sich zur jüdischen Nationalität meldeten, zusammengerufen und bei dieser Gelegenheit wurde die Jüdische Partei in der Tschechoslowakei gegründet.

Die Verfassung der Tschechoslowakischen Republik vom 29. Februar 1920 zählt die einzelnen Bevölkerungsgruppen, die als nationale Minderheiten anerkannt waren, nicht ausdrücklich auf. Die Verfassung enthält auch keine Definition von Nationalität und läßt der individuellen Wahl von Kriterien volle Freiheit. Das hieß, daß jeder Jude das Recht hatte, sich für die jüdische Nationalität zu entscheiden, ohne Berücksichtigung der Tatsache, ob er sich der tschechischen, deutschen oder einer anderen Sprache bediente, oder ob er mit einer jüdischen Religionsgemeinde affiliert war oder nicht. Die höchste Autorität des Staates, Präsident Masaryk selbst bestätigte dies in demselben Jahr 1920 mit den Worten: »Die Juden sind ein Volk, auch wenn sie keine eigene Sprache haben. Sprache allein ist weder das einzige, noch das wichtigste Kriterium der Nationalität.« Die Verordnung vom 26. Juni 1930, die vor der Volkszählung von jenem Jahr herauskam, dekretierte ausdrücklich: »Die Nationalität wird grundsätzlich nach der Muttersprache angegeben. Juden können jedoch ihre Nationalität als »jüdisch« angeben ohne Berücksichtigung ihrer Muttersprache.«

In der Volkszählung von 1930 benutzten von den 356830 jüdischen Bürgern der Tschechoslowakei 186642, also etwas mehr als die Hälfte, das Recht, sich zur jüdischen Nationalität zu melden. In dieser Zahl sind natürlich auch Minderjährige und Nicht-Wahlberechtigte inbegriffen. Die Anzahl der für die Jüdische Partei abgegebenen Stimmen scheint also anzudeuten, daß auch Juden, die bei der Volkszählung nicht die

jüdische Nationalität angegeben hatten, diese Partei doch wählen. In den Wahlen von 1920 waren es beinahe 80000 Stimmen, in den Wahlen von 1925 schon 98000 Stimmen, doch auch das genügte nach dem geltenden Wahlsystem nicht für das Minimum, das für eine Vertretung im Parlament notwendig war. Im Jahre 1929 ging also die Jüdische Partei in die Wahlen auf einer gemeinsamen Liste der »Wahlunion der polnischen und jüdischen Parteien«, die 104000 Stimmen erhielt und so der Jüdischen Partei zwei Vertreter im Abgeordnetenhaus sicherte. In den letzten demokratischen Wahlen im Jahre 1935 konnte die Jüdische Partei dasselbe Resultat erreichen durch ein Wahlabkommen mit der Tschechoslowakischen sozial-demokratischen Partei und an diesem Zustand änderte sich nichts bis zu dem Abkommen von München.

Das Münchner Diktat bezog sich natürlich direkt nur auf das sogenannte Sudetengebiet von Böhmen und Mähren. In diesen Ländern lebten im Ganzen 117551 Juden (nach der Religionsstatistik), davon jedoch in dem durch das Münchener Abkommen von der Tschechoslowakei abgetrennten Gebiet nur 24.000. Das war die jüdische Minderheit, die von dem Münchener Abkommen direkt betroffen war. Wir wissen jedoch, wie sich als Ergebnis von München die Dinge in der Slowakei und in Karpathorußland dramatisch schnell entwickelten und in diesen Teilen der Tschechoslowakei lebte der größte Teil der Juden – 136759 und 102542, zusammen also beinahe 240000 – die wenigstens als indirekte Opfer von München betrachtet werden können.

Wenn gestattet, möchte ich hier etwas aus meinen persönlichen Erinnerungen einschalten. Ich erinnere mich noch, wie wir damals im Prager Sekretariat der Jüdischen Partei alten Parteimitgliedern, die rechtzeitig aus dem Sudetengebiet ins Innere des Landes geflüchtet waren, Bestätigungen über ihre Mitgliedschaft ausgaben, die als Beweis dienten, daß sie sich nicht zur deutschen Nationalität gemeldet hatten, etwas, das in der neuen Atmosphäre nach der Münchener Tragödie von Wichtigkeit sein konnte und es für eine leider ganz kurze Zeit in der Tat auch war. In Wirklichkeit hatten sich von den 24000 Juden im Sudetengebiet nur 6345 zur jüdischen Nationalität gemeldet. Im Ganzen konnten sich ungefähr 17000 ins Innere des Landes retten.

Die erwähnten Bestätigungen gehörten zu den letzten Diensten, die die Jüdische Partei wenigstens manchen von der jüdischen Minderheit leisten konnte. Noch kurz vorher, in den letzten Wochen der Spannung vor München, konnte sich die Partei jedoch mit einer regen, unermüdl-

chen Tätigkeit ausweisen, die als Hilfe zur Rettung der tschechoslowakischen Demokratie dienen sollte. Wir versuchten damals, jüdische Organisationen in der Welt, besonders in Amerika und England, wie auch die jüdische Presse zu mobilisieren. Ich fungierte in diesen Dingen als Verbindungsmann zwischen meiner Partei und der Informationssektion des Außenministeriums und der Kanzlei des Präsidenten. Wir versuchten auch, manche nicht-jüdische Organisationen zu beeinflussen. Ich erinnere mich zum Beispiel, daß wir den Generalsekretär der wichtigen englischen Organisation »Liga zum Schutz der Zivilrechte« eingeladen haben, von dem wir wußten, daß Henlein's Leute durch ihre Freunde in London sich bei ihm beklagt hatten, die deutsche Minderheit wäre ihrer Rechte beraubt und unterdrückt. Das Außenministerium stellte mir damals einen Wagen zur Verfügung und ich fuhr mit dem englischen Gast durch eine Reihe von Städten in Nordböhmen, und es gab keinen Ort, wo wir nicht Zeugen des provokativen Benehmens der weißbestrumpten Mitglieder von Henlein's Partei gewesen wären und gleichzeitig der Zurückhaltung der tschechischen Sicherheitsorgane.

Eine Delegation der Jüdischen Partei, der ich angehörte, überreichte auch der Runciman Mission ein Memorandum, in dem die Anerkennung der wirklich vorbildlichen Legislatur über Minderheitenrechte in der tschechoslowakischen Demokratie ausgesprochen wurde, sowie der korrekten Einhaltung dieser Gesetze im praktischen Umgang mit den Minderheiten. Gleichzeitig wurde natürlich auch die Aufmerksamkeit auf die systematisch antijüdische Politik der nationalistischen Extremisten in der deutschen Minderheit im Sudetengebiet, die von dem nazistischen Regime des Nachbarstaates übernommen worden war, gelenkt. Auch darauf selbstverständlich, was in Wirklichkeit jede Stärkung dieser irredentistischen Minderheit für die jüdische Bevölkerung der Grenzgebiete bedeuten würde. Lord Runciman selbst verließ allerdings Prag einige Stunden, bevor wir empfangen wurden und das Memorandum konnte nur seinem Stellvertreter, Herrn Ormsby-Gore überreicht werden.

Wir wissen natürlich längst, wie vollkommen bedeutungslos alles war, was wir damals, vor einem halben Jahrhundert, zu unternehmen versucht haben, weil in Wirklichkeit in dem Augenblick, als Runciman nach Prag geschickt wurde, eigentlich alles zwischen den Herren Chamberlain und Daladier bereits abgemacht und das Schicksal der tschechoslowakischen Demokratie schon besiegelt war. Heute wissen

wir es wohl, doch damals konnte es kaum jemand von uns auch nur ahnen. Wir glaubten fest daran, daß Masaryk's Demokratie gerettet werden könnte und jeder von uns trachtete dafür alles zu tun, was er nur konnte. Darüber, wie vergeblich alle diese Bemühungen waren, wurden bereits vor unserer heutigen Konferenz viele Bücher geschrieben, und viele werden auch nach ihr erscheinen.

Die Einverleibung der sogenannten Sudetengebiete in Hitler's Reich brachte 720000 Tschechen unter die Nazi-Herrschaft. Dagegen blieben 380000 Deutsche in Böhmen und Mähren. Die deutsche Minderheit repräsentierte jetzt also zwar nur 3% der Gesamtbevölkerung der Rumpftschechoslowakei, ihr neuerlicher Führer, der Abgeordnete Kundt, der Konrad Henlein abgelöst hatte, bezeichnete jedoch diese 380000 als »Mitglieder und Vertreter der national-sozialistischen Gemeinschaft unter der Führung von Adolf Hitler«, was sie natürlich zu einer privilegierten Minderheit machte. (Das Zitat stammt aus Kundt's Rede im Parlament vom 14. Dezember 1938). Das Problem aller anderen Minderheiten, einschließlich Juden, wurde in Wirklichkeit von einer Minderheitenfrage zu einer sozialen und Flüchtlingsfrage.

Vor den Juden tauchten unmittelbar nach »München« neue schwere Sorgen auf. Und zwar nicht nur vor denen, denen es gelungen war, aus dem Sudetengebiet zu flüchten, wo jetzt schon die Nürnberger Rassengesetze galten, sondern auch für diejenigen, die in dem Rumpfgebiet oft Generationen lang gelebt hatten.

Es zeigte sich nämlich plötzlich, daß nicht nur in der Slowakei, wo die Existenz eines latenten Antisemitismus unbestritten war, sondern auch in Böhmen und Mähren es genug faschistische Elemente gab, die die neuen Verhältnisse zu einer antijüdischen Hetze ausnutzen wollten. Es handelte sich dabei nicht nur um Ausschreitungen und Straßenkrawalle, die von dem Pöbel und dem ungebildeten Abschaum der Bevölkerung organisiert wurden. Stimmen, die den Ausschluß von Juden aus den Ärzte- und Advoaktenkammern verlangten, oder im besten Fall jüdische Rechtsanwälte auf die Vertretung von jüdischen Patienten und jüdische Rechtsanwälte auf die Vertretung von jüdischen Klienten zu beschränken versuchten, konnte man in Prag und Brünn schon lange vor dem 15. März 1939 hören, also Monate vor dem Tage, an dem Hitler das, was er »Resttschechei« nannte, liquidierte und die Zweite Republik ins Protektorat Böhmen und Mähren verwandelte.

Der Antisemitismus manifestierte sich in den verschiedensten For-

men. Jüdische Geschäftsinhaber in Prag erhielten zum Beispiel einen Brief, gezeichnet von der »Antijüdischen Union tschechoslowakischer nationaler Vereine und Korporationen«, in dem sie aufgefordert wurden – ich zitiere – »sich darauf vorzubereiten, unseren Staat zu verlassen. Tut es«, wurde den Adressaten geraten »bevor uns die Verhältnisse dazu zwingen, gegen Sie denselben Terror anzuwenden, der in Deutschland benutzt wird . . . Wir erwarten Ihren baldigen Abgang«.

Viel überraschender und erschütternder war die Resolution, die von der »Sokol«-Organisation angenommen und veröffentlicht wurde und in der es unter anderem hieß:

»Die jüdische Frage soll auf nationaler und sozialer Grundlage so gelöst werden, daß die seit 1914 Eingewanderten in ihre ursprünglichen Heimatländer zurückkehren, von dem Rest der Juden sollen sich diejenigen, die sich 1930 zur tschechoslowakischen Nationalität gemeldet haben, allmählich in die soziale Schichtung unseres Volkes einreihen im Verhältnis zu ihrer Anzahl, die anderen sollen in die Länder der Völker auswandern, zu denen sie sich 1930 freiwillig gemeldet haben.«

Ich gebe zu, daß ich beim Zitieren eine bestimmte Scham überwinden muß. Ich fragte damals und frage auch heute noch: Hätte diese Resolution der Gründer der »Sokol«-Bewegung Miroslav Tyrš unterschreiben können? Sein ethisches politisches Credo lautete nämlich ausdrücklich: »Verteidigen wir unsere eigenen, aber kennen wir auch die Rechte der anderen an!« Seine Schüler und Nachfolger sprachen sich dagegen aus, nicht nur für die chauvinistische und reaktionäre Forderung der rücksichtslosen Einführung eines numerus clausus, sondern verlangten auch etwas mit Menschlichkeit kaum Vereinbares, nämlich den Abschuß etwa eines Drittels der jüdischen Bevölkerung der Tschechoslowakei in Hitler's Reich, dessen antijüdische Gesetze und Praxis damals kein Geheimnis mehr waren. Die geforderte Rückkehr in das »ursprüngliche Vaterland« bezog sich selbstverständlich auch auf die, die sich vor diesen Gesetzen und ihrer Praxis, vor den Nazi-Konzentrationslagern, und wie sich zeigte, vor dem fast sicheren Tod durch die Flucht in die tschechoslowakische Demokratie zu retten versuchten, von der sie überzeugt waren, sie wäre von Humanitätsidealen geleitet.

Es kann kaum Zweifel darüber geben, daß ein Teil der damaligen Erscheinungen des tschechischen Antisemitismus das Ergebnis eines

starken Druckes aus Hitler's Reich war. Wir wissen zum Beispiel aus den veröffentlichten Dokumenten der Runciman Mission, daß ein Mitglied der Mission, R. J. Stopford, in einem Bericht über sein Gespräch mit Graf Kinsky meldete, Außenminister Chvalkovský hätte Kinsky anvertraut, daß Berlin auf antijüdische Aktionen dränge. In dem Bericht, den die Britische Legation in Prag am 15. November 1938 an Lord Halifax schickte, lesen wir auch: »Kinsky fügte hinzu, es dürfe zu keinen Pogromen kommen vor Januar, Februar (1939), damit die Verhandlungen über eine französisch-englische Anleihe nicht in Gefahr gebracht werden.« Der amerikanische Gesandte George Kennan meldete seinem Staatssekretär in Washington, daß am 21. Januar 1939 Minister Chvalkovský zu Hitler gerufen wurde und daß ihm bei dieser Gelegenheit der Führer vorwarf: »Im Reich werden die Juden liquidiert. In der Tschechoslowakei dagegen halten sie sich weiter und hören nicht auf, ein Gift für das ganze Volk zu sein.« Wir wissen auch, daß Streicher die Beschleunigung der Liquidation der Juden in der Tschechoslowakei für genügend wichtig hielt, um den Juden dort eine ganze Nummer des »Stürmers« zu widmen.

Hubert Ripka behauptet in seinem Buch »Munich, before and after«, daß in einer Reihe von Städten in Böhmen und Mähren eine Art »Referendum« über die Haltung der Bevölkerung zu den jüdischen Mitbürgern organisiert wurde und daß das Ergebnis überall sich gegen den Antisemitismus aussprach. Ich weiß nicht gut, worauf sich Ripka bei dieser Behauptung stützte. Ich selbst bin einem solchen Referendum nicht begegnet und ich habe die Sache auch sonst in keiner anderen Quelle bestätigt gefunden. Es ist jedoch sicher, daß die größte Mehrheit des tschechischen Volkes von den hohen Wellen des Antisemitismus, die sich nach dem Münchener Abkommen erhoben hatten, nicht mitgerissen wurde. Sogar die Beran-Regierung konnte sich eine bestimmte, wenn auch leider nur ganz kurze Zeit, nicht nur dem Druck aus dem Reich, sondern auch der Hysterie und Demagogie aus eigenen Reihen mit Erfolg erwehren.

Verglichen mit allem, was dann folgte, war die Politik der Beran-Regierung gegenüber den Juden ziemlich gemäßigt. Die Gründe dafür waren allerdings zweifellos in einem großen Maße Befürchtungen vor wirtschaftlichen Folgen, die der Antisemitismus mit sich bringen könnte – (ein Regierungsmitglied faßte es in einem Satz zusammen: »Wir werden entweder Juden oder Ware exportieren, aber nicht beides.« –)

doch es waren bestimmt viele, die den Antisemitismus aus tieferen und mehr moralischen Gründen ablehnten.

Erst im Februar 1939, nur einige Wochen vor der deutschen Okkupation, beschloß die Beran-Regierung, die Juden allmählich aus Regierungssämtern sowie aus leitenden Posten in Banken, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Institutionen zu entfernen. Auch dann wurde alles auf Grund von geheimen, nicht veröffentlichten Verordnungen durchgeführt, denn die Regierung fürchtete wiederum, daß die Publikation zu Protesten und Gegenmaßnahmen im Ausland wie auch im Lande führen könnte. Es stellte sich natürlich heraus, daß diese Schritte nicht geheim gehalten werden konnten und am 2. März 1939 hielt es das Organ der Agrarpartei – der Partei Beran's – für nötig zu versuchen, sie irgendwie zu rechtfertigen. »Venkov« schrieb: »Wir verfolgen niemanden, weil er Jude ist. Nicht-arische Elemente können und dürfen jedoch nicht mehr Rechte beanspruchen und nicht mehr Einfluß ausüben, als wir aus nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen zulassen können.«

Zu dieser nicht gerade besonders heroischen Sinnesänderung kam es nur einige Tage, nachdem Herr Kundt, der neue Führer der deutschen Minderheit, eine Erklärung in der »Pressekorrespondenz« veröffentlicht hatte, in der unter anderem gesagt wurde:

»Das Münchener Abkommen hat für die Tschechoslowakei nicht nur eine grenzpolitische Veränderung, sondern eine zwingende Entscheidung im Ideenkampf Europas mit sich gebracht ... Die Einstellung gegen den Bolschewismus und damit zusammenhängend, gegen das Judentum, wird in Berlin als Maßstab des Vertrauens des nationalsozialistischen Deutschlands zu der neuen Tschecho-Slowakei betrachtet.«

Darüber wie tief das Dilemma war, in dem sich die Prager Regierung in diesem Punkte befand, zeugt vielleicht am vielsagendsten die Tatsache, daß zu dieser Zeit Repräsentanten des tschechischen Judentums von Regierungsvertretern inoffiziell aufgefordert wurden, ihre eigenen Pläne zur Lösung der jüdischen Frage vorzulegen. In seiner Antwort auf diese Aufforderung wurde von dem Höchsten Rat der jüdischen Religionsgemeinden in Böhmen und Mähren ein Memorandum ausgearbeitet – das Dokument wurde dann im Januar 1939 der Regierung und dem Präsidium des Abgeordnetenhauses überreicht –, das wieder als Beweis dienen kann, daß auch auf jüdischer Seite eine ähnliche Verwirrung und

Ratlosigkeit wie bei der Regierung herrschte. Einerseits boten die Juden an, sich voll an dem Umbau der Wirtschaft der Zweiten Republik zu engagieren, gleichzeitig jedoch verlangten sie, daß man ihnen eine weitreichende Umschulung ermögele, die die allmähliche Emigration jener von ihnen erleichtern würde, die sich entschließen sollten, aus wirtschaftlichen Gründen das Land zu verlassen.

Wir reden hier von einer Zeit, in der uns nur ein paar Wochen von dem deutschen Einmarsch nach Prag trennten und hier kann ich vielleicht am besten wieder persönliche Zeugnishaft darüber abgeben, wie wir, wenigstens die meisten von uns, durch München wie betäubt in einem Zustand zwischen Ohnmacht und einer ungläublichen Lethargie lebten.

Ich hatte auch mit dieser heute kaum begreiflichen Lässigkeit eine persönliche Erfahrung. Einige Wochen nach München fuhr ich mit dem Zug aus Prag quer durch Deutschland nach Paris zu einem Treffen mit dem damaligen Vorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses Dr. Nahum Goldmann, dem ich über den Zustand berichten sollte, in dem sich das tschechoslowakische Judentum nach dem Erdstoß von München befand. Tatsächlich sprachen wir jedoch nur über die Hilfe, der die Juden bedurften, die Orte im Sudetengebiet verlassen mußten, wo sie oft ihr ganzes Leben verbracht hatten. Daran, daß in der nächsten Zukunft eine ähnliche Gefahr auch im Rest von Böhmen und Mähren und sogar auch in den anderen Teilen der Republik entstehen könnte, dachte dabei niemand von uns. Ich ließ eine solche Möglichkeit auch dann nicht zu, als ich wieder zurück nach Prag fuhr, nicht als ich mir in irgendeiner Station die neueste Nummer des »Stürmers« kaufte, nicht als ich dem mehr als selbstbewußten Gespräch einiger Offiziere zuhörte, die in mein Coupé einstiegen. Ich hatte einen tschechoslowakischen Paß in der Tasche und fühlte mich vollkommen sicher. Es war etwas wie Civis Romanus sum.

Erst als ich nicht so lange darauf in die Emigration nach London fuhr, sagte ich mir, um wieviel bequemer ich es hätte haben können, wäre ich direkt aus Paris hingefahren. Erst jetzt begann ich zu begreifen, in wieviel dichten Nebel unsere Sinne gehüllt waren. Die individuellen Sinne eines jeden von uns, aber auch die kollektiven Sinne. Und wenn sich hier und da doch jemand mit einer größeren Vorstellungsvergabe, mit mehr Phantasie fand, als die meisten hatten, dann nahm ihn niemand sehr ernst. Auch denen, die an »München« zugrunde gingen, wie Karel Čapek,

oder schon früher daran verzweifelt, was in Österreich geschah, wie der Dichter und mein großer Lehrer Otokar Fischer, auch ihnen ist es nicht gelungen, mit ihrem Tode einen Funken herauszuschlagen, der den Weg, auf dem wir uns bewegten und die Landschaft rings um uns beleuchtet hätte, so daß wir alles im Licht der vollen Wahrheit hätten sehen können.

Wie oft habe ich in späteren Jahren an all die Dutzende meiner Familienmitglieder und nächsten Freunde gedacht, die ich vielleicht hätte retten können, hätte meine Voraussicht nur um einen Schritt weiter gesehen. Wie oft habe ich mir später meine Kurzsichtigkeit vorgeworfen. Doch vielleicht konnte man damals gar nicht mehr von Kurzsichtigkeit reden, denn der vollkommene Mangel an Vorstellungsvermögen, an dem wir litten, war bereits der Blindheit näher.

Auch dann, als es schon jedem klar sein mußte, daß nichts davon mehr gültig war, was man uns gelehrt hatte, nämlich, daß ein Vertrag etwas bindendes sei und ein einem Verbündeten gegebenes Wort unauf lösbar ist, auch dann hatten wir noch nicht genug Phantasie, um zu ahnen, daß sich nach einem so leichten Erfolg Hitler nicht damit begnügen wird, was ihm Chamberlain auf dem goldenen Tablett des so genannten Appeasements gebracht hatte, und daß er nach einer kurzen Atempause auch nach dem greifen wird, was er die Restitschei nannte, und vor allem nach Prag. Und all diese unbegreifliche Ahnungslosigkeit – und das muß vielleicht betont werden – obwohl uns seit München eigentlich ganz klar war, daß sich die Lage der Minderheiten, mit Ausnahme der 380000 privilegierten Deutschen, grundsätzlich geändert hatte und daß, auch wenn die Verfassung theoretisch noch eine Weile unangetastet blieb, man praktisch von einem Minderheitenschutz nicht länger sprechen konnte. Trotz all dem fühlten sich die meisten von uns am Tage des Einmarsches, dem 15. März 1939 wie aus tiefem Schlaf von einem nahen Blitzschlag geweckt.

Alles, was dann folgte, ist bekannt und obwohl es ohne München kaum geschehen wäre, gehört es wahrscheinlich nicht mehr in den Rahmen unserer Konferenz. Ich glaube dagegen, daß es nicht unangebracht ist, die Frage zu stellen, ob es nicht auch heute in der Welt ungelöste lokale Konflikte gibt, bei denen die Gefahr besteht, man werde versuchen, sie ähnlich wie in München vor fünfzig Jahren durch ein Diktat der Großmächte zu lösen.

Was mich persönlich vor allem zu der Frage, ob »München« wieder-

holbar ist, bringt, ist natürlich die Tatsache, daß die Lage Israels, meiner alt-neuen Heimat, in der ich jetzt schon vierzig Jahre lebe, in so manchem der Situation der Tschechoslowakei ähnlich ist. In beiden Fällen handelt es sich um kleine Inseln der Demokratie mitten in einem feindlich stürmischen Meer. In beiden Ländern – ich spreche von der Ersten Republik und dem heutigen Israel – hatten die Minderheiten, die von Nachbarländern aufgehetzt wurden, ein zahlenmäßig untragbares Ausmaß erreicht. Das chemische Gesetz von einer saturierten Lösung ist nämlich auch in der Politik gültig. Der Druck, der heute auf Israel ausgeübt wird, den jüdischen Staat dazu zu bringen, einer internationalen Konferenz über den Frieden mit den Arabern zuzustimmen, ist zwar nicht genau derselbe wie der, den die Tschechoslowakei vor einem halben Jahrhundert zu spüren bekam, ist aber auch wieder nicht so vollkommen unähnlich. Es ist möglich – meiner persönlichen Meinung nach sogar wünschenswert –, daß Israel schließlich diesem Gedanken zustimmen wird, wenn es auch im Lande kaum jemanden gibt, der direkte Verhandlungen nicht vorziehen würde. Doch niemand sollte sich der Illusion hingeben, daß Israel, und zwar weiche Regierung auch immer, eine solche Zustimmung geben wird, bevor sichere Garantien vorhanden sind, daß es sich bei der vorgeschlagenen Konferenz um nichts handeln wird, das auch nur von weitem an München erinnern könnte.

Die Erste Republik überlebte nur zwanzig Jahre, denn sie verließ sich mehr auf freundliche Großmächte als auf ihre eigenen inneren Kräfte. Mächtige Freunde sind bestimmt wichtig, letzgens entscheidend ist jedoch die eigene Entschlossenheit. Das ist vielleicht die größte Lehre von München für kleine Völker.